

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15 — Mt. Durch Austräger 70. — Wochensatz 240 — pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag, Redaktionspreis: 6 — 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. V. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31060. — Fernsprech-Anschluss Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 6. Dezember 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 10. — Mt. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 Mt. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 3 gespalten ober deren Raum im Text 30. — Mt.

## Sammelt für die Kämpfer!

Der Reichsausschuß der Betriebsräte fordert zur Unterstützung der streikenden Anilin- und Sodafabrikanten in Ludwigshafen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern!

In verschiedenen Orten des Reiches sind Delegierte zum Reichsbetriebsrätekongress gemeldet worden.

Die schmerzlichsten Scharfmacher der Vadschen Anilin- und Sodafabrikanten in Ludwigshafen haben die Tatsache, daß ihr Betrieb eine Delegation zum Kongress entsandte, zum Vorwand benutzt, um einen Kampf für die

### Einführung des Achtstundentages

vom Raum zu brechen.

Eszen erklären sie, die wegen der Entlassung der Betriebsräte im Streik befindliche Arbeiterschaft würde nicht eher wieder eingestellt, ehe sie nicht ihre Zustimmung zur Durchbrechung des Achtstundentages gegeben hat.

Dadurch ist es klar, es geht nicht all. in um die gemäßigtesten Betriebsräte, sondern

### es geht um die Durchführung des Programms der Cuno-Regierung:

„Beseitigung des Achtstundentages“, „noch härtere Verhärterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung!“

Das sind die Parolen, unter denen die hartgewaltigen kämpfen.

Dieser Schlag des Unternehmertums, geführt gegen die Ludwigshafener Arbeiter, richtet sich gegen die gesamte Arbeiterschaft.

Gelingt es, die Ludwigshafener Arbeiter niederzuschlagen, so werden die Unternehmer, gestärkt durch ihren Sieg, auch den Arbeitern und Angestellten der anderen Industrien, den unteren und mittleren Beamten längere Arbeitszeit bei geringster Entlohnung aufzwingen.

### Dieser Kampf ist Euer Kampf!

Der Kampf an Eure bereits jetzt nahezu unerträgliche Lebensweise!

Die Zentralvorstände der Gewerkschaften haben versagt! Sie wollen diesen Euren Kampf nicht unterstützen!

### Jetzt liegt es an Euch!

Die Gewerkschaftsbürokraten versuchen Hand in Hand mit den Klassenfeinden den Streik abzuwürgen.

Der Reichsausschuß denkt nicht daran, sich in irgend einer Hinsicht an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen. Es ist jedoch der Ansicht, daß angesichts dieses ungeheuren Verrates die gesamte Arbeiterschaft verpflichtet ist, den Kampf zu finanzieren.

### Schnelle Hilfe ist notwendig!

Sammelt sofort in den Betrieben.

Bei der Bedeutung dieses Vorstoßes der Unternehmer muß es jedem Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern möglich sein,

wöchentlich mindestens 100 Mk. zur Unterstützung der im Vorderreffen stehenden Kollegen abzuführen.

Gelingt dies, dann können die hartgewaltigen nicht die Arbeiterschaft auf die Knie zwingen!

Der Reichsausschuß hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, aus dem ihm noch zur Verfügung stehenden Mitteln eine halbe Million an die Streikenden abzuführen.

Viel größere Mittel sind noch erforderlich. Die Landesaussschüsse haben die Sammlung durchzuführen.

### Auf zur Solidarität! Heran ans Werk!

### Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.

Die gesammelten Beträge sind zu senden an die Kollegen: B. r. u. c., Berlin-Deptow, Eisenstraße 83, Mohr, Mannheim-Waldhof, Tannenstraße 7.

### Unterstützen:

Leg. Berlin, Albrecht, Ernst, Raader, Stuttgart, Mohr, Mannheim, Schöner, Gieseler, Große, Berlin, Meyer, Berlin, Klein-Schmidt, Berlin, Mottig, Gotha, Winkemann, Berlin, Pattgereit, Bielefeld, Benzke, Werdau, G. L. Weiswig, Jorgan, Merich, Dresden, Lehmann, Leipzig, Lanning, Chemnitz, Kainke, Dittl, Habel, Borna, Mohr, Ludwigshafen, Geipel, Frankfurt a. M., Streuf, Hamburg, Weder, Hamburg, Kleiber, Kiel, Fickert, Hamburg, Kaste, Trautenburg, Karas, Weismesser, Biaz, Breslau, Haase, Sagan, Huns, Leipzig, Sauer, Ertwin, Jdel, Effen, Lindig, Berlin, Benner, Rauscheid, Bürger, Halle, Lindner, Köln-Deuz, A. Mayer, Emden.

## An die Arbeiterschaft der Pfalz

Der Reichsausschuß der Betriebsräte ersucht um Aufnahme folgenden, an die pfälzischen Arbeiter gerichteten Aufrufes:

### Beide Kollegen!

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir und die gesamte Arbeiterschaft Euren vom Unternehmertum propagierten bewußten und rühmlich gelungenen Abwehrkampf. Wir wissen, daß dieser Kampf nicht nur Euer Kampf ist, sondern daß Ihr für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands kämpft. Werdet Ihr liegen, wird das ein Sieg für die deutsche Arbeiterschaft sein. Unterliegt Ihr, würde das eine Niederlage für die gesamte deutsche Arbeiterschaft bedeuten. Wir nehmen aber auch mit Entschiedenheit Kenntnis von den Versuchen der Gewerkschaftsbürokratie, auch diesen Euren Kampf wieder zu sabotieren.

Darum, Kollegen, brecht die Sabotage der Bürokratie! Pariert das Schlag des Unternehmertums, dann wird der Sieg Euer und unser sein.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.  
Mit prof. Gruß grat. Bro. d. e.

### Ehrhardt's Vermögen beschlagnahmt.

Wie der Sonderkorrespondent des B. L. erzählt, hat Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik die Verurteilung des Kapitänskandidaten Ehrhardt gegen den Haß der Bevölkerung zurückgewiesen. Herrscher hat der Gerichtshof b. v. E. Ehrhardt's gesamtes Vermögen zu beschlagnahmen. Der Verurteilte, verfügt der Verurteilte über ein sehr beträchtliches Vermögen in Bayern.

## Der Prozeß gegen die Scheidemann-Attentäter.

Je 11 Jahre Zuchthaus beantragt.

In Leipzig findet gegenwärtig der Prozeß gegen die Scheidemann-Attentäter statt. Gestern nachmittags hielt der Oberreichsanwalt die Anklagerede. Er beantragte wegen des gemeinschaftlichen Mordversuches, der versuchslos, der mit schändlichem Zynismus begangen und nur durch besondere Glücksumstände erfolglos geblieben ist, gegen jeden der beiden Angeklagten ein Jahre-Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Wir werden über den Prozeß noch näher berichten.

### Der Dollar 8400.

Berlin, 5. Dezember.

Der Dollar stand nachmittags 2 Uhr auf 8400.

### Der Parteitag der KPD.

Nach einem Beschluß der Zentrale findet der Parteitag der KPD am 28. Januar und folgenden Tagen in Leipzig statt. Vorher wird der Zentralausschuß zur Kenntnismahme des Berichts der Delegierten vom Moskauer Weltkongreß und zwecks Stellungnahme zu den Beschlüssen tagen.

## Die Revolution in Westthrazien.

Aus Paris wird gemeldet:

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Sofia haben die türkischen Revolutionäre in Westthrazien die Provinz für autonom und Kantak zu ihrer Hauptstadt erklärt.

## Wie beseitigen wir den Brotwucher!

Eine Antwort an den Landbund und die SPD.

Von Humus.

Der Schlesische Landbund hat in den letzten Tagen wieder einmal vor der Öffentlichkeit durch Plakate und Flugblätter die Unschuld der Großgrundbesitzer an den Wucherpreisen nachzuweisen versucht. Die gesamte SPD-Presse mit ihrer „positiven“ Politik hat dagegen völlig negativ operiert. — Sie schrieb über die Schuld der „Landwirtschaft“ an den Wucherpreisen usw., ohne die Sache von der richtigen Seite anzupacken. Man rechnete den Junkern den Getreidepreis und ähnliche Dinge vor, ganz nebensächliche Fragen, die man eben behandelt, wenn man im kapitalistischen Staate Vorschläge macht, die „Ordnung der Ausbeuter“ zu verbessern, wenn man die „Auswüchse“ dieser Weltordnung beseitigen will, nicht aber diese jelsst.

Durch die Fragestellung ist die „Landwirtschaft“ schuld an dem Wucher, gießt man den Richthofen und Genossen, den Deutschnationalen, frisches Wasser auf die Mühlen. — Der Gegensatz zwischen Stadt und Land, den die Junker in ihrem Aufruf hervorkehren, wird durch die Politik der SPD. verschärft.

Greifen wir gleich einmal einen Punkt aus den vielen Beispielen des Landbundes heraus. Es heißt da:

„Im Frieden erhält der Landwirt für 6 Zentner Kartoffeln 1 Zentner Stickstoffdünger. Heute erhält er erst für 11 Zentner Kartoffeln 1 Zentner Stickstoffdünger.“

Wir stellen dem gegenüber:

„Im Frieden verdiente ein Landarbeiter im Jahre, einschließlich Deputat und Barlohn, den Wert von 100 Zentner Getreide.“

Heute verdient derselbe Landarbeiter, einschließlich Deputat und Barlohn, nach dem Dollarkurs, den Wert von

47 — 51 Zentner Getreide

im Jahr.“

Das bedeutet die Abwälzung der Mehrausgaben der Großbauern und Junker für Industrieprodukte auf die Landarbeiter. Die Profite der Junker werden also erhalten auf Kosten des Lohnes der Landproletarier.

Anders bei den Kleinbauern, die verkaufen müssen, um zu leben. Sie haben auch unter Wucherpreisen zu leiden, weil sie Kleie und andere Produkte im Handel kaufen müssen. Auch sie müssen dadurch zu den Profiten der Junker beitragen. Bei dem Kauf industrieller Erzeugnisse ist es ebenso. Da viele Junker ihre erwachsenen Gelder in Industrieaktien angelegt haben, werden sie zu Anteilhabern an den Gewinnen der Schwerindustrie und heuten somit die Kleinbauern aus.

„Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis.“ Das gehört zum kaufmännischen ABC. — Nun wissen wir aber, daß die Anbaufläche z. B. von Brotgetreide nach dem Kriege zurückgegangen ist. Die Anbaufläche betrug im verkleinerten Deutschland

1918: 7 207 752 Hektar (1 Hektar 4 Morgen)  
1920: 5 819 322 Hektar  
1921: 5 826 807 Hektar.

Die Sabotage der Junker sorgt mit für hohe Preise. Eine Folge ist das Hungerelend des deutschen Proletariats.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an die Worte, die Richthofen auf der Landbundtagung am 3. März 1922 sprach:

„Ein Morgen Land ernährt einen Menschen, wer hier nicht seine Pflicht erfüllt, der tötet einen Deutschen.“  
Um 1 391 295 Hektar, das sind

5 564 980 Morgen

ist die Anbaufläche für Getreide von 1918 bis 1921 zurückgegangen. Wieviel Proletarier werden durch dieses Verbrechen des Agrarkapitals auf den Richthof befördert worden sein?

Die Folgen dieser Sabotage wirken sich jetzt aus. Die Bewegung der Arbeiter gegen den Wucher nimmt täglich an Umfang zu. Die Befürchtung, daß die Proletarier handeln könnten, veranlaßt Richthofen, um gut Wetter zu bitten und der Deffektivität des Bild der anspruchsvollen Junker zu zeichnen. —

# An die schaffenden Landwirte Deutschlands!

(Nachstehender Aufruf wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung eingesandt.)

Kleinbauern, Siedler, Kleinpächter!

Unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen leiden nicht nur die Arbeiter und der städtische Mittelstand bittere Not, sondern auch den schaffenden Landwirten droht der wirtschaftliche Zusammenbruch. Bereits sind in Ostpreußen Kleinlandwirte, die Roggenbrot essen, wozu der Roggen nicht gemahlen, sondern nur geschrotet wurde. In Sachsen ist heute ein regelrechtes Bauernlegen anzutreffen. Die Betriebe schaffender Landwirte werden von Großbesitzern aufgekauft, weil die kleinen Besitzer ihre Wirtschaften nicht mehr aufrechterhalten können. Vor diesem Zusammenbruch stehen die kleinbäuerlichen Wirtschaften größtenteils auch in anderen Gebieten Deutschlands, in Süddeutschland, in Schlesien, in Pommern, in Mecklenburg usw.

Wohl besteht ein Reichsiedlungsgesetz, das die Kleinbäuerliche Wirtschaft fördern soll. Die enormen Steuern, die beim Kleingrundbesitz 3 bis 4 Mal so hoch sind pro Morgen als beim Großgrundbesitz, ferner die Preise für Düngemittel und sonstige Industrieartikeln, die von den hohen Preisen für Saatgut, Futtermittel usw. die von den Großbauern und Junkern den schaffenden Landwirten abgenommen werden, all das ergibt schon, daß nicht nur das Siedlungswesen praktisch fast keine Fortschritte macht, sondern das bestehende Kleinwirtschaften ruiniert werden.

Nicht besser sieht es in Pächterfragen aus. Die Naturpachtzins von 2, 3 und teilweise mehr Zentner Roggen für 1 Morgen Land, sind ein Todesurteil für den Kleinpächter.

Was tut angesichts dieser Lage der Landbund? Seine Vertreter im Reichstag haben selbst gegen die bestehenden Schutzbestimmungen des Reichspachtgesetzes gestimmt, die Landbundsorganisationen haben mit Geduld und Zustimmung bei den Steuerverhandlungen, nach deren Ende der schaffende Landwirt ein Mehrfaches an Steuern pro Morgen bezahlen muß, als der Großgrundbesitzer. So ist es mit allen übrigen Fragen. Warum ist es so? Nun, diejenigen, die dem Kleinpächter hohe Pachtzins abnehmen, die die Siedlungsverfahren hindern, hinauszuweichen versuchen, die dem Kleinbauern hohe Futtermittel- und Saatgutpreise abnehmen, diejenigen sind die Hauptträger des Landbundes und nach deren Interesse richtet sich seine ganze Politik zumal die Führer des Landbundes, wie Freiherr von Richthofen, ebenfalls Großgrundbesitzer sind.

Angesichts dieser Sachlage ist es notwendig, daß alle schaffenden Landwirte, Bauern, Stellenbesitzer, Hausler, Pächter, Heckenbesitzer und Siedlungswärter sich im ganzen Reich zusammenschließen. Aus dieser zwingenden Notwendigkeit heraus haben wir in Berlin eine Reihe von Vertretern der schaffenden Landwirte aus verschiedenen

Gebieten Deutschlands zusammengefunden und sind am 22. November ds. Js. zur Gründung eines Bundes schaffender Landwirte für das ganze Reich geschritten. Was sind die Ziele dieses Bundes?

Wir wollen eine gerechte Besteuerung nach Bodenklasse und Morgenzahl, wir wollen Befreiung des Kleingrundbesitzes von der Umlage, dafür Heranziehung der Leide und Forsten, wir wollen Siedlungsmaßnahmen, die dem Kleingrundbesitz nützen, es sollen nicht mehr Ländereien der Klein- und Mittelgrundbesitzer, die eingepachtet haben, zu Siedlungszwecken verwendet werden, wir wollen, daß vor allem das schlecht oder nicht bewirtschaftete Land der Großgrundbesitzer enteignet und für Siedlung verwendet wird; wir wollen Ausbau der Pachtordnung dahingehend, daß der Kleinpächter von Pachtzinsen und Landentziehung, vor jeder Unbill der Verpächter geschützt ist, wir wollen Verbilligung aller Lebens- und Bedarfsartikel der arbeitenden Bevölkerung durch die Regierung.

Der Bund schaffender Landwirte wird diese Forderungen durchsetzen, indem er neben der praktischen Unterstützung jedes Mitglieds des Bundes in allen Fragen, auf die Reichstags-, Landtags- und Kreislandtagsabgeordneten einwirkt, damit sie entsprechende Anträge unterstützen. Ferner wird der Bund enge Verbindung suchen mit der städtischen schaffenden Bevölkerung, damit auch sie die Durchführung unserer Forderungen unterstützt, ebenso wie wir schaffenden Landwirte mithelfen wollen, daß die drückenden Lasten von den Schultern der städtischen arbeitenden Bevölkerung genommen werden und auf deren Schultern gelegt werden, die sie tragen können. Nur die gemeinsame Macht aller Arbeitenden kann den Ruin der schaffenden Landbevölkerung aufhalten.

Ein Ziel des Bundes schaffender Landwirte wird auch sein, die

Börsenspekulanten und Schieber möglichst auszumerzen, so weit es den Verkehr mit Agrarprodukten betrifft. An dessen Stelle wollen wir, daß eine direkte Belieferung vom Erzeuger zum Verbraucher organisiert wird. Das Gleich anzustreben verlangen wir auch von den Organisationen der städtischen arbeitenden Bevölkerung.

Jeder Kleinlandwirt, Siedler, Kleinpächter, Stellenbesitzer, Hausler, der mit den hier kurz zusammengefaßten Zielen des Bundes schaffender Landwirte einverstanden ist, sorge für einen Zusammenschluß aller schaffenden Landwirte in seinem Orte oder Kreis und setze sich sofort in Verbindung mit dem Vorsitzenden des Bundes, Herrn Administrator Wilhelm Moritz, Berlin-Neukölln, Berlinerstr. 75, 1. Alle näheren Anweisungen und Auskünfte sind dort einzuholen.

Schaffendes Landvolk! Schließe dich zusammen und nimm die Wahrnehmung deiner Rechte, deiner Interessen endlich in die eigene Hand!

Der Vorstand des Bundes schaffender Landwirte.  
J. A. Administrator Moritz.

Wir wollen nicht mit den Junkern diskutieren über die „gerechte Höhe“ der „Bestehungspreise“. Wir müssen erkennen, daß die Ursache des Wuchers in der kapitalistischen Wirtschaft begründet ist. Die Arbeiter in Stadt und Land, die Angestellten, Beamten und Kleinbauern, müssen Kontrollausschüsse schaffen, die den Wucherern, den Großkapitalisten und Schiebern, den Junkern und Börsenjobbern, ihr Handwerk legen!

Der „Genosse“ Severing verbietet die Kontrollausschüsse. — Wie kann da im SPD-Organ entschieden zu diesen Fragen Stellung genommen werden? Der Versuch der SPD, zu diesem Vorstoß der Junker, die hoffnungslosen Proletariatsmassen, die arm gewordenen Kleinbürger zu verwirren, muß darum erfolglos sein.

Die SPD sieht die einzige Rettung in der Zwangswirtschaft des kapitalistischen Staates, einem Palliativmittel, die erbitterten Massen vom Klassenkampf abzuhalten, nicht aber in der Selbsthilfe des Proletariats. Es klingt wie ein bitterer Hohn, von der Stinnesregierung Cuno die Durchführung einer Zwangswirtschaft gegen die Kapitalisten zu verlangen. „Wer seine Seele dem Teufel verpfändet hat, kommt nicht in den Himmel.“ Wer mit Cuno reparieren will, kann nicht gegen ihn kämpfen. Wer einer Regierung der Arbeiterausbeutung sein Vertrauen gibt, kann nicht die Arbeiter gegen sie aufmarschieren lassen.

Daß der gelbe Zentralverband der Landarbeiter, den die Junker aushalten, den Aufruf des Landbundes mit unterzeichneten, ist nicht weiter verwunderlich.

Wir Kommunisten rufen den Arbeitern zu: Keine Zwangswirtschaft im kapitalistischen Staat bringt Euch Rettung! Einzig allein die Selbsthilfe der Arbeiterklasse kämpft darum

## für die Kontrolle der Produktion.

Das ist der Kampf gegen die Teuerung und Wucherpreise, darum schafft

### Kontrollausschüsse

und organisiert die Selbsthilfe des Proletariats.

## Die Bergarbeiter vor der Reparationskommission.

Eine in Brüssel stattgehabte Erklärungsung der Bergarbeiterinternationalen (Amsterdam), an der auch die deutschen Delegierten Hufmann und Limberg teilnahmen, behandelt die Frage der deutschen Reparationsleistungen. Die deutschen Delegierten beklagten sich, daß die Bergarbeiter nicht mehr gewillt sind, die ihnen vom ADBS aufgezwungenen Überhörsichten zu verfahren. Es wurde beschlossen, mit der Reparationskommission in Fublung zu treten. Die Delegation wurde am Mittwoch von der Reparationskommission zu einer inoffiziellen Aussprache empfangen.

Zweifelloso können derartige Sitzgänge das Reparationsproblem im Sinne der Arbeiterklasse nicht lösen. Die Bergarbeiter der Ententeländer fühlen eben so hart den Druck des Versailles-Kontrahens wie die deutsche Arbeiterklasse. Nur der Kampf der Arbeiter gegen ihre eigene Bourgeoisie ist zugleich der Weg des Kampfes zur Befreiung dieses Friedensvertrages, und den Weg für einen Aufbau Europas im Interesse der Arbeiterklasse zu öffnen. Die reformistischen Gewerkschaftsleitungen in Frankreich und der Tschechoslowakei haben aber nicht einmal ihre Delegierten zu der Konferenz entlassen, weil sie nicht einen Beschluß mitverantwortlich werden, der sich gegen die imperialistischen Interessen ihrer Länder richtet. Auch die belgischen Delegierten benahmen sich höchst zwiespältig: Sie trauten sich nicht, den Versailles-Friedensvertrag offen zu bekämpfen, obwohl sie sagten mußten, daß die deutschen Kohlenlieferungen in Belgien zu einer „paradoxen Lage“ führen.

Der ADBS hat das Ueberhörsichtsabkommen mit Hinweis auf den europäischen Wiederaufbau durchzuführen, um die Stinnes-Geldpläne zu unterhalten. Die Bergleute der Ententeländer haben wiederholt hier erklärt, daß die deutschen Kohlenlieferungen ihnen gegenüber eine Strafbrecherarbeit darstellen. Statt Sitzgänge müssen sich also die Bergleute und alle Arbeiter dieser Länder zum gemeinsamen Kampf gegen den Kauffrieden zusammenschließen.

## Sowjetrußlands Antwortnote.

Die Sowjetdelegation stellte der Konferenz ihre Antwort auf die letzte Note der Allierten zu. Die Sowjetdelegation steht in dem hartnäckigen Bestehen, Rußland die Beteiligung an der Regelung aller Fragen vorzuziehen und sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, einen offenen Angriff gegen Sowjetrußlands Lebensinteressen. Mit dem Vorwand, daß zwischen Rußland und der Türkei kein Kriegszustand bestehe, haben es die Mächte abgesehen, daß die Sowjetdelegation an der Gesamtheit der Konferenzarbeiten teilnehmen und ihre Beteiligung an der Meerengenfrage beschränkt. Durch diese Teilung kommen die Mächte in Widerspruch zu ihren eigenen Traditionen, welche die Orientprobleme immer im Zusammenhang und nie ohne Rußland gelöst haben. Die russische Delegation spricht ihr bestes Ertrauen über die unparteiische Weise aus, um der diese Probleme jetzt behandelt werden. Sie steht sich gezwungen, nachmals Einspruch zu erheben und zu erklären, daß Rußland und seine Verbündeten sich durch keine Entschuldigungen, die in ihrer Absicht getroffen werden, gebunden erachten und jede Verantwortung für den anomalen Zustand, der sich daraus ergibt, ablehnen.

Um die Unzulänglichkeiten zu verhindern, die ein völliges Zerbrechen Rußlands herbeiführen würde, wird die

Sowjetdelegation an der Behandlung der Meerengenfrage teilnehmen.

Genosse Tschitcherine erklärte, Professorieren, Sowjetrußland lehne jede Einmischung des Völkerbundes anzuwenden ab, da dieser Saad nur ein Werkzeug der Ententeländer sei. Auch die Meerengenfrage könne nicht mit dem Völkerbund, sondern nur dadurch gelöst werden, daß die Meerengen ihrem Besitzer, der souveränen Türkei, anvertraut werden. Sowjetrußland lehne jede Völkerbundsmission ab.

## Drei Kabinettskrisen.

Dem Centre wird aus Brüssel gemeldet, die Stellung des Ministeriums Theunis sei erschüttert. Die Rechte seien volle Theunis erliegen. Ein einflussreicher Katholik habe dem Berichterstatter gestern erklärt, es sei der Wunsch vieler Anhänger, die Regierung nach vor der Brüsseler Konferenz zu stürzen. Man nennt Jaipar als Nachfolger von Theunis.

Nach einer Havasmeldung aus Lissabon (Portugal) hat das Kabinett seinen Austritt eingereicht, da es die Wahl des Abgeordnetenkommissionars als eine Art Mißtrauensvotum betrachtet.

Nach einer Havasmeldung aus Madrid (Spanien) haben der Kammerpräsident, der Minister des Äußeren und der Finanzminister demissioniert.

## Die Falzitten gegen den „Ordino Nuovo“.

Die Dunderlei unseres Duristen Bruderverbands „Ordino Nuovo“ ist immer noch politisch besetzt. Das Blatt wurde demnach in einer anderen Privatdruckerei hergestellt. Nun ist diese Druckerei ebenfalls des einer sehr Falzitten überfallen worden. Die Besizer sowie ein Geiger wurden gezwungen, ein Glas Rotweinsol zu trinken. Sie mußten versprechen, künftig das kommunistische Blatt nicht mehr herzustellen. Wie oft dieses Gewaltsverbrechen wird es Herrn Theunis aber nicht gelingen, die kommunistische Bewegung in Italien zu zerstören.

## Herr Dr. Lüther, der neue Ernährungsminister.

Heber den neuen Reichsernährungsminister, bekannt durch sein ausgesprochen reaktionäres Auftreten auf den Stadelagen schreibt die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“, daß er immer recht kräftig am Strang der Speckindustrie gezogen habe. Die Regierung der Männer, die alle ungeschont mehr oder weniger recht kräftig am Strang der Speckindustrie ziehen, ist mit Hilfe der Sozialdemokraten zusammengekommen und wird noch den Sozialdemokraten geduldet.

## Neue Verhandlungen der Beamten und Staatsarbeiter.

Wie wir erfahren, traten am Nachmittag des 4. Dezember die Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter zusammen, um sich über eine erneute Teuerungssaktion schlüssig zu werden. Die Notwendigkeit einer nochmaligen Erhöhung des Teuerungszuschlages, der bis anhin zuletzt am 21. November auf 120 Prozent heraufgesetzt worden ist, wird von den Spitzenorganisationen mit der Tatsache, daß die letzten bekannt-gegebene Reichsindexziffer eine 400fache Verteuerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsartikel (außer Kleidern) gegenüber dem Frieden aufweist, während das Einkommen eines mittleren Beamten gegenüber dem Frieden nur um das 16fache gestiegen sei, begründet. Außerdem wird von Beamten gewerkschaftlicher Seite darauf hingewiesen, daß nach den jetzt vorliegenden amtlichen Feststellungen die allgemeine Teuerung von Oktober bis November um 105 Prozent zugenommen hat, während das Einkommen der Beamtenklasse in derselben Zeit nur um 72 Prozent gestiegen ist.

## Verdoppelung der Postgebühren ab 15. Dezember.

Der neue Reichspostminister „mit Gott für deutsche Ehre“ beruft, um sein Amt einzuweihen, die Mitglieder des Verkehrsbeirats beim Reichspostministerium zu einer Sitzung am 28. November zusammen, um Sparmaßnahmen zu beschließen und um die Post-, Postfach- und Telegraphengebühren um 100 Prozent zu erhöhen. Bei den Fernspreckgebühren soll die Grundgebühr bestehen bleiben, dagegen die Gesprächs- und Nebengebühren verdoppelt und die Ferngebühren um das Zweieinhalbfache erhöht werden.

## Ab 15. Januar ein Brief 50 Mark.

Eine abermalige neue Erhöhung der Postgebühren steht, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, bevor. Die augenblicklich im Postgebührenauschuß des Reichstages zur Verhandlung stehende Erhöhung der Postgebühren zum 15. Dezember soll schon am 15. Januar 1923 abermals erhöht werden, und zwar wiederum um 100 Prozent. Demnach wird vom 15. Januar ab ein einfacher Fernbrief 50 Mark kosten. Die übrigen Gebühren steigen dementsprechend.

# Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

## vor dem Verfassungsausschuss des preussischen Landtags.

Fast 4 Jahre sind vergangen, seit Noskes Offiziers- brette Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unter dem Jubelgebrüll des gesamten Bürgerpöbels ermordet hat. Und noch immer sind die Mörder unbestraft, noch immer haben die diversen Regierungen, haben die diversen Justiz- minister im Reich und in Preußen nicht das geringste getan, auch nur die Mörder zu ermitteln.

Nach dem Ende Mai im „Vorwärts“ abgedruckten ausführlichen Bekenntnis des Mörders Runge hatten die Unabhängigen am 24. Juni eine große Anfrage im preussischen Landtage eingebracht, in der es hieß: „daß gegen die Mörder ein wirkliches Verfahren bisher überhaupt nicht eingeleitet worden ist“ und ob das Staatsministerium bereit sei, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln das Verfahren gegen die Mörder zu betreiben.“ Während alle kommunistischen Anträge und Anfragen in dieser Angelegenheit von den Bürokraten und den Noskeleuten brutal niedergestimmt wurden, überwiegt der Landtag die Anfrage der Unabhängigen dem Verfassungsausschuss. Hier wurde sie jetzt am 28. November beraten.

Berichterstatter war der Sozialdemokrat Heilmann. Dieser las, ohne auf die Materie als solche einzugehen, einfach die Anfrage vor und hat lediglich die Staats- regierung um Antwort.

Was antwortete die Regierung? Gegen den Kriegs- gerichtsrat Jorns, den Hauptschuldigen, kann disziplina- risch nicht vorgegangen werden, weil er inzwischen aus dem preussischen Staatsdienst ausgeschieden und in die Oberrechnungsabteilung versetzt worden ist!! Gegen die beschuldigten Offiziere haben die Anhalts- punkte für ihre Mittäterschaft nicht ergeben! Antrag auf Außerverfolgungsjekung ist gestellt. Runge, der des Mordes an Rosa Luxemburg überführt ist und ein ein- gehendes Geständnis unter Benennung seiner Mittäter im „Vorwärts“ veröffentlicht hat, ist von einem besonderen Gerichtsarzt untersucht worden, welcher Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit geäußert hat.

Und nach dieser Verhöhnung der Anfragesteller wagte es Heilmann, zu erklären, das Justizministerium habe demnach seine Schuldigkeit in vollem Umfange ge- tan und zu beantragen, die Anfrage einfach als erledigt zu erklären. Als Genosse Kay die ehemaligen Unab- hängigen fragte, wie sie sich denn zu diesem Verhalten ihres jetzigen Parteifreundes stellten, stand der ehemalige Unabhängige Modt-Adlershof auf und schüttelte vor aller Augen, als Antwort darauf, dem Staatssekretär Grzesinski einem der bösartigsten Reaktionen, demonstrativ die Hand! So weit sind diese Leute bereits heruntergekommen.

Nach den eingehenden Darlegungen des Genossen Kay wandte sich sogar der volksparteiliche Abgeordnete Landgerichtsdirektor Eichhof gegen den Antrag Heilmann. Man könne die Anfrage doch nicht eher für erledigt er- klären, ehe nicht restlos alle Untersuchungen abgeschlossen seien. Und nun brachte Heilmann einen zweiten Antrag ein, der die Regierung aufforderte, die Untersuchung über den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fortzusetzen. Der Antrag wurde zwar gegen nur wenige Stimmen der Deutschnationalen und einzelner Volks- parteiler angenommen, aber sofort wieder völlig wertlos gemacht durch den Vertrauensantrag für die Justiz, „die Anfrage der Unabhängigen durch die Regierungserklä- rung für erledigt zu erklären“. Für diesen Vertrauens- antrag stimmten sämtliche Parteien, mit Ausnahme der

# Genosse Ernst Kraft vor Gericht.

Endlich, nachdem volle vier Wochen verstrichen sind, fand am Dienstag die Verhandlung gegen unseren Genossen Ernst Kraft statt. Es hat das größte Interesse unserer Partei die Behörden bedurft, die Sache zum Abschluß zu bringen. An- scheinend hatte man vor, die Untersuchungshaft recht aus- zudehnen, um so unseren Genossen lange im Gefängnis quälen zu können.

Dem Genossen Kraft wurden zwei „strafbare Handlungen“ zur Last gelegt:

1. Ueberschreitung der Grenze ohne Paß,
2. Führung eines falschen Namens.

Nachdem der Vorsitzende des Gerichtes den Tatbestand festgestellt hatte, führte Genosse Kraft, der noch immer in der blauen Gefängnisuniform steckte, ungefähr folgendes aus: Die beiden Vergehen, die mir zur Last gelegt werden, sind nicht zwei selbständige Handlungen. Es hat nur den An- schein, als ob es so sei. Es besteht aber ein zeitlicher Zu- sammenhang zwischen beiden und auch die Ursache ist dieselbe. Beide sind nämlich Mittel für denselben Zweck:

## die politische Betätigung in Deutschland.

Dazu waren die strafbaren Handlungen, namentlich die des illegalen Aufenthaltes, das einzig mögliche Mittel.

Die Regierung behandelt die Ausländer nicht gleich. Sie weist mich nicht aus, weil ich Ausländer bin und legt mich auch nicht deswegen in Haft. Sie tut dies alles nur darum, weil ich Kommunist bin und mich in Deutschland in der kommunistischen Partei betätige. Unternimmt denn die Re- gierung etwas gegen Kautsky oder gegen Hilferding? Ich nein, das sind ja keine Kommunisten, die sind der Regierung genehm. Und wo ist ein Unterschied zwischen der heutigen republikanisch-demokratischen Regierung und der früheren mo- narchistischen? 1909 z. B. ließ Bismarck die Wihlfürsten aus- weisen. Heute weist der Sozialdemokrat Severing Kommunisten aus. Aber gegen andere Ausländer tut die heutige Regierung nichts. Sie läßt die ausländischen Schreiber und Bucherer ihr unmaßeres Handwerk treiben und bietet ihr gar Schutz an. Sie läßt es auch zu, daß Reaktionen Propaganda gegen die Republik machen, wie Coringhoven, Hitler, Alexkiel, Abro- mowitsch und andere.

## Reaktionäre bleiben ungeschoren.

Anders hingegen geht die Regierung gegen Revolutionäre, gegen Kommunisten vor. Severing veranstaltet eine Kam- pagne gegen kommunistische Ausländer und selbst die Bres- lauer „Volkswacht“ sowie sozialdemokratische Parteifreunde vom Schlage der Bretthorst und Mache helfen ihm dabei.

Dadurch aber wurde mir die strafbare Handlung auf- gezwungen durch die Staatsgewalt. Ich wollte, da ich Kom- munist und der deutschen Sprache mächtig bin, mich in Deutschland betätigen und mußte deshalb die strafbare Hand- lung begehen.

Weshalb nun wollte ich als Kommunist in Deutschland agi- tieren? Ich weiß, daß die Erringung der kommunistischen Gesellschaftsordnung nur durch die internationale Revolution möglich ist. Und um diese zu beschleunigen, um dadurch Opfer zu sparen, wollte ich mit meiner ganzen Kraft dafür wirken.

Der Vorsitzende, der schon lange nach einer Gelegenheit suchte, unseren Genossen zu unterbrechen, fragt: „Sind Sie Mitglied der Sowjetpartei?“ Auf die Frage unseres Ge- nossen, was er unter Sowjetpartei verstehe, herrscht betretenes Schweigen. Darauf Genosse Kraft:

Es gibt keine Sowjetpartei! In Rußland ist die Kommu- nistische Partei als die einzige Partei des Proletariats im Besitze der Macht. Ich war Mitglied der Kommunistischen Partei Rußlands und gehöre jetzt der Kommunistischen Partei Deutschlands an. Einen Auftrag von der Partei oder von der

Sowjetregierung, nach Deutschland zu gehen, hatte ich nicht. Doch bin ich überzeugt, daß meine Tätigkeit hier weder der Sowjeten noch der russischen Kommunistischen Partei ge- schadet hat.

Als Genosse Kraft fortfahren will, wird er vom Vorstehen- den

## am Weiterprechen verhindert.

mit der Bemerkung, das Gericht könne sich keine „politische Agitationsrede“ halten lassen. Genosse Kraft erhebt sofort Protest und betont, daß er seine Ausführungen machen muß, um zu zeigen, welche Motive ihn zu den „strafbaren Hand- lungen“ trieben. Ferner betont er, daß das Gericht ja eine politische Institution sei. Darauf erwidert der Vorsitzende er- regt: „Lauf Verfassung!“ Ist das Gericht frei von Politik? Die Mächtigkeiten dieser Behauptung selbst einsehend, ver- bessert er sich selbst: Das Gericht soll frei sein von Politik. Genosse Kraft wird trotz seines Protestes am Weiterprechen verhindert.

## Der Amtsanwalt.

Die Anklage! Ein typisches Exemplar der „unpolitischen“ Justizbeamten. Er will erst einmal zwei strafbare Handlungen konstruieren, um dadurch eine höhere Strafe bean- tragen zu können. Er meint, die Hebesten, wie sie der An- geklagte betrieben hat, nehmen jetzt überhand, und es müßte daher eine besonders harte Strafe verhängt werden. Er beantragt

Dieser Herr will also ein Exempel statuieren. Natürlich zwei Monate Gefängnis und 4 Wochen Haft.

Ist es ein reiner Zufall, daß der Ausländer, an dem er sein reaktionäres Mäuschen fühlen will, ein Kommunist ist. Dieser Herr hat allzu sehr seine besondere „Fähigkeit“ zum republikanischen Beamten bewiesen. Er wird uns wohl im Gedächtnis bleiben.

Am den Antrag des Amtsanwaltes stellt Genosse Kraft fest, daß derselbe Dinge behauptet hat, für die er nicht den leichtesten Beweis anzutreten vermochte. Er hat sie

## an den Haaren herbeigezogen.

um einem Kommunisten einzusackeln.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende das Ur- teil: „Im Namen des Volkes“ ist Genosse Kraft zu

## 4 Wochen Haft

verurteilt. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Noch in der letzten Stunde wollten die Behörden die Genossin Kraft schikanieren. Die Genossin war mit ihrem Kinde in den Zuschauerraum gekommen, um der Verhandlung bei- zuwohnen zu können. In der Nacht, sie aus dem Saal zu drängen, wurde angeordnet, daß das Kind den Raum ver- lassen muß. Mit solch kleintlichen Mitteln schikanieren die republikanischen Behörden Kommunisten. Glauben sie wirk- lich, uns dadurch müde machen zu können?

Nach dem Urteil ist die Haft unseres Genossen Kraft mit dem heutigen Tage verbüßt. Da Severing den Auswei- sungsbescheid bereits erlassen hat, muß Genosse Kraft der Bres- lauer Polizeibehörde übergeben werden, in deren Händen die Ausweisung liegt. Zur Vorbereitung der Reise, an der ja auch Frau und Kind teilnehmen müssen, braucht Genosse Kraft einige Tage Zeit — aber nicht hinter Kerengittern. Wir verlangen deshalb, daß unserem Genossen, ebenso wie dem Genossen Heiarich Guckind in Berlin, eine Frist zur Er- ledigung dieser Vorbereitungen gegeben wird.

Die Polizei hat es jetzt in der Hand, die durch den Prozeß Kraft blamierte demokratische Republik noch mehr als Klassen- staat der Bourgeoisie zu enthüllen.

# Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Olympiada sahte seine Hand. Er saß neben ihr au- ben im Divan und sagte, ohne auf ihr Gesicht zu achten: „Du hast doch begriffen? Ich hab' ihn erwürgt. Ich! Glaubst du mir jetzt, wie?“

„Still doch!“ rief Olympiada ängstlich, mit gedämpfter Stimme. „Was reden du denn?“

„Und sie unarmt ihr fest und sah ihn mit ihren angst- erfüllten Augen ins Gesicht.“

„Lach mich nur! Es ist ... so ganz unerwartet gekom- men. Gott weiß alles ... ich wollte es nicht tun. Ich wollte nur noch einmal sein widerliches Gesicht sehen ... Darum ging ich in den Laden. Nichts Bestimmtes hatte ich im Sinn. Und dann ... tam das so plötzlich ... Der Teufel trieb mich an, und Gott verdammte ihn nicht. Das Geld hatt' ich nicht nehmen sollen, es war töricht ... ach!“

Er seufzte tief auf, und es war ihm, als ob von seinem Herzen eine Kinde sich löste. Olympiada war ganz schüchtern über seine Erzählung. Sie zitterte am ganzen Leibe, rüchete ihn immer fester an sich und redete in abgerissenem, zu- sammenhanglosem Flüstern auf ihn ein. Dann sagte sie mit einem Male:

„Paß du das Geld genommen hast, ist gut. Man glaubt jetzt, es sei ein Raubmord ... sonst hätten sie gedacht, es sei aus Eifersucht geschehen. Dann wär's schlimmer für uns!“

„Neue empfinde ich nicht“, sprach Isha nachdenklich. „Ich will nicht bereuen! Möge Gott mich strafen! Menschen sind keine Richter ... was wären mir das für Richter?! Ich lenne keine Menschen, die selbst ohne Sünde wären ... nicht einen habe ich gesehen. Ich werde warten.“

„O Gott“, flüsterte Olympiada, „was ist das? Was wird das werden?“

„Mein Töchterchen, ich bin ganz hoffnungs- los ... kann nicht reden noch denken ... Laß was jetzt weg- gehen von hier, es ist Zeit.“

Sie stand auf und schwanzte wie eine Betrunkene. Als sie jedoch ihr Tuch um den Kopf gebunden hatte, sprach sie plötzlich ganz ruhig:

„Was wird nun werden, Ijukha? Ob's uns schlecht gehen wird?“

Isha schüttelte vernärend den Kopf.

„Sag also beim Untersuchungsrichter alles so, wie es das heißt nicht alles, sondern ...“

„So will ich's auch sagen. Dennst wohl, ich werde für dich nicht einstehen? Meinst wohl, ich würde wegen dieses kleinen Kerls mit der zwanzigjährigen Rubel nach Sibirien gehen? Nein, da habe ich noch anderes zu tun im Leben!“

Sein Gesicht ward rot vor Erregung und seine Augen blinnten. Das Weib aber trat ganz nahe an ihn heran und fragte kühlend:

„Paß du wirklich nur zweitausend genommen?“

„Zweitausend, und noch etwas darüber ... hot's der Teufel!“

„Aberer Schwage, auch darin hast du kein Glück“, sagte Olympiada ruhig, und in ihren Augen schimmerten Tränen. „Isha sah sie an, lächelte und sprach bitter:

„Ach ... hab' ich's denn des Geldes wegen getan? Ver- steh mich doch recht! — Warr! Laß mich zuerst gehen, die Männer gehen hier immer zuerst hinaus.“

„Komm nur recht bald zu mir ... Zu verstecken brauchen wir uns nicht. Recht bald!“ rief Olympiada voll Begegnis.

Sie verabschiedeten sich mit einem langen, leidenschaft- lichen Kuße. Sobald Lunow auf die Straße hinaustrat, rief er eine Drochke heran. Untermwegs schaute er immer wieder zurück, ob nicht jemand hinter ihm herkäme. Das Gepräch mit Olympiada hatte sein Herz erleichtert und in ihm ein warmes, zärtliches Gefühl für dieses Weib geweckt. Nicht mit einem Wort, nicht mit einem Blick hatte sie sein Herz verwandelt, als er ihr seine Tat bekannt hatte; nicht von sich gestohlen hatte sie ihn, sondern vielmehr einen Teil der Schuld auf sich genommen. Eine Minute vorher, als sie noch gar nichts wußte, war sie bereit gewesen, ihn zu ver- derben — er hatte das an ihrem Gesichte gesehen. Und dann war sie plötzlich wie umgewandelt. Ein mildes Lächeln lag auf seinem Gesicht, wenn er an sie dachte.

Am folgenden Tage fühlte sich Lunow bereits als das Weib, dem die Jäger auf der Spur sind. Frühmorgens begegnete ihm in der Schenke Betrucha; als Isha ihn begrüßte, antwortete er kaum mit einem Kopfnicken und schah ihn dabei mit einem ganz besonderen durchbohrenden Blicke an. Auch Serentij schaute ihn in einem fort an, seufzte dabei und sprach nicht ein Wort. Jelow dagegen rief ihn in Maschas Stube und fragte ihn dort mit ganz erschrockenem Gesichte:

„Gestern abend war der Reviervorstand hier, er fragte den Vater ganz genau über dich aus ... Warum get'sch das, wie?“

„Wozu fragte er denn?“ erkundigte sich Isha ruhig.

„Aberhand ... wie du lebst ... ob du Brantowin trankst ... in bezug auf Weiber.“ Er nannte auch eine gewisses Olympiada — Kennen Sie die nicht? sprach er. Warum fragst er das alles?“

„Der Teufel mag's wissen“, versetzte Isha und ließ Ja- low allein.

Am Abend desselben Tages bekam er wieder eine Nachricht von Olympiada. Sie klang:

„Nun hat mich über dich verhört. Ich habe alles genau angegeben. Das hat durchaus nichts auf sich und ist

# Neue Wahlerfolge der KP Frankreichs

Aus Paris wird gemeldet: Bei den Kommunal- wahlen in Issy-les-Moulineaux wurden sämtliche kom- munistischen Kandidaten gewählt. Die kommunistische Liste erhielt 2400 Stimmen, die bürgerliche Gegenliste nur 1600. Ebenso günstig waren die kommunalen Stichwahlen in Aulnay-sous-Bois; alle 8 kommunistischen Kandidaten wurden gewählt, die Bürgerlichen und Rechts- sozialisten fielen durch.

nicht gefährlich. Hab' keine Angst. Ich küsse Dich, Ge- liebter.“

Er warf den Zettel sofort ins Feuer. In Filimonows Hause, wie in der Schenke, sprachen alle von der Ermordung des Kaufmanns. Isha hörte diese Erzählungen, und es be- reizte ihn ein eigenes Bergtragen, sie anzuhören. Es gefiel ihm, zwischen den Menschen umherzugehen, die sich für seine Tat interessierten, sie über die Einzelheiten des Falles aus- zusagen, die sie selbst hinzugeschichtet hatten, und dabei zu wissen, daß er sie alle in höchstes Erstaunen versetzen konnte. Und er sagte:

„Ich bin's ja, der es getan hat!“

Einige von ihnen rühmten die Geschicklichkeit des Täters, andere bedeuteten, daß er nicht alles Geld mitnehmen konnte, noch andere sprachen ihre Befürchtung aus, daß man ihn vielleicht doch noch kriegen könnte, und nicht eine einzige Stimme fand sich, die den Ermordeten bedauern hätte, niemand äußerte über ihn auch nur ein einziges freundliches Wort.

Der Umstand, daß Isha bei den Menschen gar kein Mit- leid mit dem Ermordeten fand, weckte in ihm ein Gefühl der Veringeringung gegen sie, obwohl auch er selbst den Kauf- mann nicht bedauerte. Er dachte im übrigen gar nicht mehr an Poluektow, sondern nur daran, daß er eine schwere Schuld erwartete. Dieser Gedanke beunruhigte ihn jetzt gar nicht weiter, er hatte sich in seinem Innern festgesetzt und war gleichsam ein Teil seiner Seele geworden. Er war gleichsam wie eine Heule, die von einem Schlage zurückbleibt — sie schmerzt nicht, wenn man daran rührt. In ihm lebte die tiefe Überzeugung, daß die Stunde kommen müsse, in der die Strafe Gottes ihn treffen würde — Gottes, der alles weiß und dem Weiter- treter seines Gesetzes nicht verzeiht. Diese ruhige, stetige Be- reitschaft, die Strafe über sich ergehen zu lassen, an jedem Tage und zu jeder Stunde, gestärkte Isha, sich fast ebenso zu fühlen und zu geben, wie vor dem Morde. Er achtete nur noch härter auf die Menschen und spürte nur eifriger ihre Schwäche aus. Dies bereitete ihm eine gewisse Gemü- tlichkeit, wenn er auch wachte, daß für ihn darin keine Rech- tigung lag.

Er wurde finsterner, in sich gefehrter, doch ging er ganz wie früher vom Morgen bis zum Abend in der Stadt mit seiner Ware umher, besuchte die Schenken, beobachtete die Menschen und hörte aufmerksam auf ihre Reden. Eines Tages fiel ihm das Geld ein, das er oben auf dem Boden versteckt hatte, und er dachte daran, es an irgendeinem anderen Orte zu verbergen, aber gleich darauf sagte er sich:

„Es ist unnützig. Mag es dort liegen ... Sucht man da- nach und findet man's — dann gesteh' ich ...“

# Schlesische Rundschau.

## Sozialdemokratische Armseligkeit.

Es gehört zum Leben eines sozialdemokratischen Redakteurs, regelmäßig Schimpfplatonaden gegen die Kommunisten loszulassen. Dabei stehen ihm allerlei Hilfsmittel zur Verfügung. Vor allem dient ihm die ganze Meute bürgerlicher Nachrichten-Agenturen, deren Auswurf er mit besonderer Vorliebe durchläuft. Dabei schließt er mit größtem Appetit die blödesten Lügen, wenn er dabei nur den Kommunisten eins auswaschen kann. Einmal sind die Kommunisten Freunde der Reaktion, das nächste Mal Putzschisten, Anarchisten, dann kommt wieder einmal der rollende Kubel an die Reihe und so geht es fort — ein ewiger Kreislauf. Dabei haben sich die sozialdemokratischen Zeitungsschreiber eine solche Fertigkeit in der Verdrehung von Tatsachen angeeignet, daß sie auf diesem Gebiete geradezu Meister sind.

Aber trotz all dieser Hilfsmittel fehlt es ihnen manchmal an geeignetem Material gegen die Kommunisten. Die Tatsachen sind eben zu spärlich. Und so kommt es, daß die Heftartikel der sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunisten eine auffallende Armseligkeit aufweisen. Ein mühsames Stammeln, an den Haaren herbeigezogene Dinge, daß ist die Polemik gegen die Kommunisten. So ist jetzt z. B. die „Schlesische Bergwacht“ um Material gegen uns so verlegen, daß sie schon Zuschriften aus kleinen Orten bombastisch aufmacht und damit unter dem Titel „Kommunistische Kampfesweise“ gegen uns zu Felde zieht. Es wird der Versuch gemacht, ein Notiz aus Langwallerstorf, die in unserer Zeitung stand, zu widerlegen und dann gehts tapfer drauf los. Wie blöde sie dabei schimpfen, davon eine Probe:

„Den Gipfel erklummt aber der Artikelschreiber in der sogenannten Arbeiterzeitung, als er uns am Schluß auffordert, Arm in Arm mit den Kommunisten den Kampf gegen das Kapital aufzunehmen. Besser wäre es, die Herren zeigten uns erst, daß es ihnen ernst ist mit dem Kampf gegen das Kapital. Vorläufig haben sie nur den Beweis geliefert, daß sie große Worte machen und Phrasen dreschen können und daß sie im übrigen den Kampf gegen ihre eigene Klasse, nämlich die Arbeiterklasse, führen, wodurch sie bewiesen, daß sie mit den früheren Reichstreuern auf eine Stufe zu stellen sind, denn die Wirkung ihres hysterischen Geschreies in ihren Zeitungen und Versammlungen ist nur eine Stärkung der Reaktion... Ein Zusammengehen mit diesen Elementen muß daher jeder denkende Arbeiter schon aus Reinlichkeitsgründen ablehnen.“

Bemerkenswert ist, ein altes, histerisches Weib zu hören. Es muß jedoch wirklich schlecht um die Sache der SPD in Langwallerstorf bestellt sein, daß sich der Artikelschreiber in sinnloser Wut zu solchen Ausdrücken verhalten läßt, ohne auch nur den leisesten Schein einer Tatsache zu erbringen. Den Sozialdemokraten werden diese armseligen Schimpfereien aber recht wenig nützen. Die Arbeiter werden zusammengekehrt werden zur einheitlichen Kampflinie gegen das Kapital. Allerdings werden die armseligen Kleinigkeiten in dieser Kampflinie nicht zu finden sein. Sie werden — getreu ihrer Art — bei diesem Kampfe feig beiseite treten.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Ein DVB-Bürokratenstückchen.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in Breslau bedient sich zur Durchführung des Beschlusses, daß ein Stundenlohn als Vertrag abgeführt werden müsse, einer Methode, die im DVB allerdings öfters zur Anwendung kommt, die aber die heftigste Kritik herausfordern muß. Die DVB-Gauleitung in Breslau droht mit Auflösung der säumigen Ortsgruppen und will die Arbeitgeber auf die nicht den vollen Beitrag zahlenden Arbeiter hegen.

In einem an den Genossen K. R. gerichteten Schreiben vom 17. November 1922 schreibt der Gauleiter Grögnier folgendes:

„Wenn für den Monat Oktober nicht nachgeliefert und für November nicht mindestens 90 Mk. pro Woche Beitrag bezahlt werden, teilen wir der Fortverwaltung der Stadt Sch. mit, daß die Ortsgruppe aufgelöst und die Interessen der Fortarbeiter nicht mehr zu vertreten haben. Der Verbandsvorstand legt an jedem einzelnen Mitglied: bei Euch mindestens 20 Mk. wöchentlich zu. Es scheint, daß Ihr direkt darauf ausgeht, den Verband zu befechtigen.“

Der Bürokrat Grögnier, der sich nicht scheut zu drohen, die Waldarbeiter der Stadt Sch. bei der dortigen Fortverwaltung zu denunzieren und die Ortsgruppe aufzulösen, sollte zurückhaltender sein mit dem Vorwurf, die dortigen Waldarbeiter wollten den Verband befechtigen. In seiner Antwort auf diesen Brief schreibt unser Landarbeiter-Genosse, daß er ebenfalls auf dem Standpunkt stehe, daß der Verbandsbeitrag in Höhe eines Stundenlohns bezahlt werden müsse, und sich auch dafür einsetze, da er die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit als alter Gewerkschafter erkenne. Er weist dann darauf hin, daß auch die Gewerkschaftsbürokratie die Pflicht habe, im Interesse der Arbeiter zu handeln, daß es notwendig sei, daß die Macht, die sich im Gewerkschaftsbund verkörpert, angewendet werde zum Kampf gegen Elend und Ferkelerei. Vorläufig schreibt dann unser Landarbeiter-Genosse:

„Des Elend und die schreckliche Ferkelerei wollen wir ja gar nicht befechtigen, sonst würden wir den Reichsbetriebsrat-Kongress vom Gewerkschaftsbund aus gut geheßen haben. Ihr geht der Ferkelerei aus dem Wege und begnügt Euch mit Ferkelergaben, die

vom Kapitalismus nicht so tragisch genommen werden. Je mehr Ihr auf Kommunisten schimpft, desto frecher erhebt der Kapitalismus das Haupt. Ihr zeteret über proletarische Diktatur in Rußland, aber Ihr übt sie schon aus, innerhalb der Gewerkschaften. (Der Unterschied zwischen der Diktatur in Rußland und der der Gewerkschaftsbürokraten in Deutschland ist der, daß sie im ersten Fall gestützt auf die proletarischen Massen, in ihrem Interesse ausgeübt wird, dagegen im zweiten Fall gegen die Interessen der proletarischen Massen, im Interesse der Kapitalisten. D. Red.)“

Die Erkenntnis, die aus dieser Antwort unseres Landarbeitergenossen spricht, muß zum Allgemeingut der gesamten Land- und Waldarbeiterschaft werden, denn wird es bald ein Ende haben mit dem schändlichen Treiben der Bürokratie im Deutschen Landarbeiterverband.

### Kein Ausschluß aus dem Bergarbeiter-Verband.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß unser Genosse Hontsch wegen seiner Teilnahme am Reichsbetriebsrat-Kongress aus dem Bergarbeiterverband ausgeschlossen sei. Diese Meldung bekräftigt sich nicht. Genosse Hontsch ist nach wie vor Mitglied des Bergarbeiterverbandes.

## Breslau.

## lokales.

### Kommunistischer Hilfsdienst.

Für Mittwoch, den 6. 12. 22, haben folgende Genossen zum Subbotnik angetreten: Edmund Anders, Dehmelt, Richard Ronnen, Paul Rege, Klinger, Werner Köpcher, Richard Kerns, Hugo Nibel, Erben am Start, Paul Wutke, Daniel.

Für Donnerstag, den 7. Dezember, kommen folgende Genossen zum Subbotnik: Fiebig, Bogt, Komstori, Kebabiz, Gutler, Kormis, Feichmann und der Genosse Mai kommt vor-mittags.

### Waldenburg-Altwaßer.

Mieterversammlung. Am Sonntag, den 26. November, hatte der hiesige Mieterverein eine Protestversammlung nach dem Weihen Roh“ einberufen. Nach der Verteilung des Protokolls ergriß der Vorsitzende Strohsfeld das Wort zu einem Vortrage: „Die Miete nach dem Dollarkurs“. Der Redner beleuchtete die neuen Maßnahmen der Hausbesitzergesellschaften beim Volkswirtschaftsministerium. Ihre Forderungen gipfeln darin, die Miete nach dem Dollarkurs zu erheben. Sind denn die Löhne der Arbeiter auch dem Dollarkurs angepaßt? Wie bezweifelnd dies, denn an der Hand der wirtschaftlichen Vorgänge kann die Arbeiterklasse am besten beurteilen, wie weit ihre Löhne reichen. Der Vortrag der Hausbesitzer geht tonform mit den Bestrebungen der Großindustrie, verhärtete Ausbeutung, verlängerte Arbeitszeit usw. Am gegen diese Forderungen der Hausbesitzer zu protestieren, und um die Kampfbereitschaft der Mieter zu bezeugen, wurden zwei Resolutionen einstimmig angenommen, die sich mit der Frage befaßten.

Des weiteren erläuterte Mietgenosse Schwarzert nochmals die hundertprozentige Abkündigung der Grundmiete: 28 Proz. Grundmiete 72 Proz. In die Grundmiete kommen 7 Proz. Bezirkssteuer, 500 Proz. Betriebskosten, 5 Proz. Verwaltungskosten und 100 Proz. latente Zinsausgaben. Interessanter Zahlen monatlich 30 Mark.

Bei großen Zersetzungsarbeiten darf der Beitrag nicht mehr als 150 Proz. betragen. Größere Auslagen, die also über diesen Betrag hinausgehen, muß dann der Hausbesitzer vom Ausgleichefonds beantragen, den die Stadt Waldenburg verwaltet. Unter Berücksichtigung wurde noch auf die Schaffung einer Mieterschiedsstelle aufmerksam gemacht. Nach dem noch einige organisatorische Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die gedruckte Versammlung.

### Peterwitz.

Es geht vorwärts. Am Sonntag, den 19. November, konnten der Kreisleiter des Agitationskreises Ziegenhain-Freiburg wieder eine Schaar fleißiger Proletarier, die sich eifrig durchgearbeitet hatten, in der SPD begrüßen. Genosse Reimann gab der jungen Ortsgruppe einige Aufklärung über die Einleitung und warum unsere Organisation so ungeduldet werden muß. Besonders betonte er, daß es vor allen Dingen notwendig ist, einen guten Funktionärskörper zu schaffen. Danach wurden sofort die Wahlen vorgenommen. Einige Vertreter der kommunistischen Jugend Peterwitz, die zufällig an diesem Tage in dem nahen Königsfeld waren, befreiten die junge Ortsgruppe, trugen einige Wünsche vor und sangen revolutionäre Lieder. Bei heiterer Stimmung wurde die Versammlung geschlossen. In der Hoffnung, wieder eine gute Gruppe für den Kommunismus gewinnen zu haben, traten wir auswärtigen Genossen den Heimweg an.

Wir erhalten diesen Bericht verdankt, jedoch wir ihn leider erst heute veröffentlichten können. (Die Red.)

## Neuerjährenene Schriften.

Karl August Mühlhölzer: „Der Unkommunismus bis zur proletarischen Revolution.“ Eine Skizze der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. 1 Teil: Unkommunismus und Feudalismus. Verlag: Junge Garde, Berlin S. 2.

Die kleine Schrift des Genossen Mühlhölzer ist ein echtes Kind des Marxismus: trotz ihrer ansehnlichen belehrenden Charakteristik ist sie eine Kampfschrift, die revolutionäres Geist atmet. Ihr besonderer Wert liegt in der kommunistischen Jugend und alle, die lernen wollen, zu kämpfen, sollten sie in der Hand haben. Die Schrift ist eine Erweiterung und Vertiefung eines Artikels, der in der „Jungen Garde“ erschien. Die darin enthaltenen und willkommene Mittel und Material zur Förderung unserer Bildungsarbeit sind: nur für die Jugend, welche für die allgemeine Bildungs- und Aufklärungsarbeit in der Partei zu werden vertritt.

In der Bibliothek der Roten Gewerkschaftsinternationale sind zwei neue Broschüren erschienen: 3. Heft: „Sind die Arbeiter der Welt?“ und 4. Heft: „Staatlich und die französische Arbeiterbewegung in der Gegenwart.“

Die beiden Broschüren sind jedem kommunistischen Gewerkschafter sehr zu empfehlen. Besonders die des Genossen 3. Heft sollte jeder Genosse lesen.

Peter Grögnier: „Größter Elend.“ Erläuterung in der 5. Ausgabe der Fortverwaltung S. 10 u. 11.

Das Buch ist am 12. d. Mts. im Berliner Straßen-Straßenverdienst im Rahmen der postkartalen Fortbildung zum Selbststudium gelangt.

Das Metall der Solea. Roman von Joseph Espar. Soeben im Verlag von B. J. Neumann, Berlin in deutscher Uebersetzung erschienen. Band 1 von „Die Spanier“, eine Sammlung von acht Romanen aus dem letzten Jahrzehnt.

Ein Ende der Ferkelerei in der Provinz. In jedem der hiesigen Zeitungen, die die Ferkelerei in der Provinz des Landes

zuges der Industrie in den Bergen Spaniens. Der Weltkrieg, an dem Spanien als Waffenkammer der Ententemächte teilnahm, ließ mit ungeheurer Wucht die kapitalistische Ausbeutung über Spanien hereinbrechen. In noch höherer Maße als die Kupfergruben am Rio Tinto wurden die Menschen ausgebeutet und zu Sklaven der Beige gemacht. Soche Capina läßt uns tief hinaus schauen in die Sklavenhöhlen der Ausbeutung, zeichnet mit bewundernswürdiger Gestaltungskraft die tiefen Gegensätze zwischen den Klassen. Sie zeigt uns, welche Opfer das Proletariat bringt, das Erz hervorzuheben, aus dem dann Messing geblasen werden und nennt, dies Metall, das glänzend und gepulvert in den Händen der Beutenden blüht, „das Metall der Solea“, denn Laute haben für keine Gewinnung ihr Leben gelassen. Dabei versteht es die Verfasserin, in seltener Art die spanischen Landschaften zu schildern. Auch die Anfänge der proletarischen Bewegung finden wir in dem Roman. Die Führer der gefnechten Proleten sind begeistert und noch durchdrungen mit religiösen Anschauungen. Uebrigens hat der Roman — so packend und richtig es den Aufstieg des Kapitalismus und seine Begleiter schildert — noch einen religiösen Anstrich, der aufweisend darin wurzelt, daß der so schnell hereinbrechende Kapitalismus in Spanien dem dortigen Proletariat noch nicht Zeit ließ, sich durchzuringen zum revolutionären Marxismus und daß die Verfasserin als Spanierin die Arbeiterbewegung so schildert, wie sie sie kennt. — Dennoch ist es ein Gemut, die ein Roman zu lesen. Wenigstens für Proletarier. Dem Bourgeois, soweit er noch Menschlichkeitsgefühl besitzt, wird er kein Gemut sein, die Verbrechen seiner Klasse zu lesen. Dem Proletarier aber gibt dieser Roman neuen Mut für seinen Klassenkampf, zeigt ihm erneut die Berrücktheit eines Feindes. Darum können wir unseren Lesern (die in der Lage sind, den hohen Buchpreis von annähernd 1000 Mark zu bezahlen) nur empfehlen, diesen Roman zu lesen. —

Sämtliche Schriften sind durch die Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, H. J. Bachmann, Breslau I, Nikolaistraße 49-50, zu beziehen.

## Versammlungs-Kalender.

Für jed. Zeile mit dies. Rubrik muß ein Betrag von 6 Mk. gezahlt werden.

**KPD** Bezirksleitung: Büro: Rasse: Bresl., Nikolaistr. 49/50. Genamt: Am Ring 88/7. Adresse: Alfred-Döbner, Breslau, Nikolaistr. 49/50. Politischer Leiter: Breslau 88804, Alfred Döbner.

Bezirksleitung: Sitzung am Freitag, den 4. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Parteibüro. Erledigung aller Genossen ist notwendig.

Margareth. Donnerstag, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent anwesend. Neustadt 05. Sonnabend, den 9. Dezember, abds. 7 Uhr, „Neue Welt“, außerordentliche Kreisversammlung. Tagesordnung wird noch bekanntgegeben. Jeder Ortsgruppe muß vertreten sein. Referent ist anwesend.

Oppeln. Sonnabend, 9. Dezember, abends 6.30 Uhr, im alten Schützenhaus. Mitglieder-Versammlung. Referent: Genosse Gigel, Breslau.

(Kreisleitung). Sonntag, 10. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Vereinszimmer des alten Schützenhauses, Kreisführung der KPD, Kreis Oppeln. Das Erledigen mindestens 1 Vertreter jeder Ortsgruppe und auch das Erledigen von Einzeln-genossen aus Orten, wo keine Ortsgruppen unserer Partei bestehen, wird bestimmt erwartet.

Reichenbach. Sonnabend, 9. Dezember, abends 7 Uhr, bei Genossen Manns, öffentliche Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung. Sämtliche Genossen und Kommunisten müssen erscheinen. Zumastührende willkommen. Die Genossen von Langenbielau müssen erscheinen. Vorkat. Gehilfen zur Verfügung.

Waldstein. Sonntag, 10. Dezember, abends 6 Uhr, in der Gemeinderöhle, Generalversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin müssen erscheinen. Tagesordnung: 1. Fort- und Rückblick. 2. Aussenbericht. 3. Wahl der Kreisleitung.

**KJD** Bezirksleitung: Max Wälder, Breslau I, Nikolaistr. 49/50. Politischer Leiter: Breslau 67345, Max Wälder.

Waldenburg. Achtung Ortsgruppen. Sitzungsabende-Konferenz der P. J. endgültig am Sonntag, den 10. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Jugendheim in Waldenburg.

## Gewerkschaften

Waldenburg. Kommunistische Bergarbeiter. Sonntag, 10. Dezember, nachm. 2 Uhr, im „Schützenhaus“, Bezirksrats-Sitzung. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu entsenden. Wichtige Tagesordnung. Genossen haben alle kommunistischen Betriebsräte des Bergbaues zu entsenden.

Waldstein. Sonntag, 10. Dezember, vorm. 8 Uhr, Kreisversammlung der Bergarbeiter. Bezug: Generalversammlung der jährliche. Vorkat. Gemeinderöhle.

Verantwortlicher Redakteur: O. H. Hartig; Inserate Max Schöcher. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Die Durchschnittspreise für Gas, Wasser und elektrischen Strom betragen von der letzten Vierteljahres-Abrechnung ab bis zur Abrechnung im III. Viertel des Rechnungsjahres 1922:

Für 1 cbm Gas	31 Mk.
„ 1 Kwh Strom, zur Beleuchtung	72 „
zur Kraftübertragung	72 „
in nächsthalb der Sperrstunden	49 „
außerhalb	49 „
1 cbm Wasser, abgegeben im Weich-	37 „
bilde der Stadt	37 „
außerhalb der Stadt und nach be-	41 „
sonderem Abkommen	41 „

Diese Preise werden den Abnehmern in den nächsten Verbrauchsrechnungen angelegt werden.

Städtische Betriebsdeputation.

## Bekanntmachung.

Zusolge der fortgesetzten Steigerung der Kohlenpreise, Löhne und Gehälter wird der Gaspreis vom 5. Dezember 1922 ab auf 110 Mk. je cbm festgesetzt. Münzgaswertmarken werden von diesem Tage ab zum Preise von 110 Mk. abgegeben.

Der Magistrat.

## Metall

Kupfer, Messing, Zink, Blei, alles Ellen, Maschinen-guß, Papier

kauf M. Bartsch / Oderstraße 17. Achtung auf Haus-Nummer.

## Kaufe

Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngebisse Uhren

zu höchsten Tagespreisen E. Beyer

Blücherstraße 15

## Achtung!

Wo? kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen an billigen und wertvollsten Preisen. H. Kluge

Neumarkt 12.1